

Raul Zelik*

Aufbruch und Krise der LINKEN

Zur Aktualität der Parteienkritik von Robert Michels und Bodo Zeuner

Zusammenfassung: Robert Michels stellte 1911 mit seinem »ehernen Gesetz der Oligarchie« die These auf, dass auch demokratisch-sozialistische Organisationen notwendigerweise Machtoligarchien herausbilden und sich von ihrem Programm und ihrer Mitgliederbasis entfremden. Ursprünglich für die SPD des frühen 20. Jahrhunderts entwickelt, ist die These in verschiedenen Kontexten seither immer wieder bestätigt worden. Anhand der neueren Entwicklung in der Partei DIE LINKE wird in dem Artikel erörtert, ob die von Michels beschriebenen Mechanismen auch heute noch greifen und durch welche Organisationsstrukturen ihnen entgegengewirkt werden könnte. Dabei werden die Ursachen der Krise der LINKEN aus einer Innenperspektive analysiert.

Schlagwörter: Parteien, Oligarchie, DIE LINKE, Demokratie

Rise and Decline of the German Party THE LEFT On the Topicality of Robert Michels' and Bodo Zeuner's Criticism of Political Parties

Abstract: In 1911, Robert Michels developed his »iron law of oligarchy« – the thesis that democratic socialist organizations necessarily generate power oligarchies and alienate themselves from their program and membership base. Originally based on the experience of early 20th century's SPD, the argument has since been repeatedly confirmed in various contexts. Using recent developments in the German party THE LEFT, the article discusses whether the mechanisms described by Michels are still effective today and what organizational structures could be used to counteract them. In this context, the causes of THE LEFT's crisis are analysed from an internal perspective.

Keywords: Political Parties, Oligarchy, German Left Party, Democracy

* Raul Zelik ist Politikwissenschaftler, unterrichtete Internationale Politik an Universitäten in Berlin, Bogotá, Medellín und Kassel und war von 2016 bis 2022 Mitglied im Parteivorstand der LINKEN.

In diesem Aufsatz soll die Entwicklung der Partei DIE LINKE seit 2015 und ihr drohender Zerfall anhand von zwei »klassischen« Ansätzen der Parteienkritik diskutiert werden: Robert Michels' »Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie« (1911) und Bodo Zeuners »Innerparteiliche Demokratie« (1970). Andere Referenztexte könnten für diese Diskussion sicher ebenso gewinnbringend herangezogen werden – etwa Pannekoek (1972; 1974), Agnoli/Brückner (1967) oder Greven (1987), die sich ebenfalls mit der Frage beschäftigen, inwieweit die Strukturen von (Wahl-)Parteien mit den emanzipatorischen und sozialistischen Zielen der Linken in Konflikt geraten (müssen). Doch die Untersuchungen von Michels und Zeuner setzen sich systematisch mit den Mechanismen auseinander, die im Inneren von Parteien wirkten und wirken, und stellen damit einen besonders guten Ausgangspunkt für unsere Diskussion dar.

Vorausgeschickt werden sollte auch, dass dieser Text auf einem subjektiven »Innenblick« beruht. Von 2016 bis 2022 war ich Mitglied des Bundesvorstands der LINKEN, des damals etwa 40-köpfigen, ehrenamtlichen Führungsgremiums der Partei. In dieser Funktion habe ich versucht, als Stimme der »gesellschaftlichen«, nicht parteipolitisch gebundenen Linken zu agieren und Themen jenseits von Wahlen und Umfragewerten stark zu machen. Meine Mitarbeit war dabei auch so etwas wie ein Selbstversuch: Ich wollte überprüfen, ob man sich den Anpassungsmechanismen des politischen Betriebs (etwa wachsenden finanziellen Interessen an Berufspolitik, narzisstischen Verlockungen und wahltaktischen Überlegungen) entziehen kann.¹

Dass ich – obgleich ich den Möglichkeiten parlamentarischer Politik skeptisch gegenüber eingestellt – 2012 Mitglied der LINKEN geworden war, hatte mit der besonderen Situation der Partei damals zu tun. Mit der Wahl der Vorsitzenden Bernd Riexinger und Katja Kipping hatte sich, so meine Überzeugung, die Möglichkeit eröffnet, eine auf soziale Kämpfe (und nicht auf Wahlergebnisse) orientierte, linkssozialistische Partei zu etablieren. Tatsächlich war die Konstellation, die zur Wahl von Riexinger/Kipping geführt hatte, bemerkenswert: Da sich die noch von der Staatspartei geprägten (soll heißen: eher wenig widerständigen) PDS-Strukturen und die nicht minder wahlpolitisch orientierte Ex-Sozialdemokratie aus dem Westen aufgrund persönlicher Animositäten gegenseitig blockiert hatten, war der Weg frei für einen grundlegenden anderen Organisationsansatz. Der Stärkung von

1 Zugegebenermaßen hatte dieser »Selbstversuch« bescheidene Ausmaße, da ich nie ein bezahlter Mandatsträger oder Mitarbeiter der Partei war, kaum mediales Interesse geweckt habe und keinerlei Ehrgeiz besaß, in der Partei weiter »aufzusteigen«.

Bündnissen mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, der politischen Selbstermächtigung der Mitgliedschaft und gesellschaftlichen Kampagnen sollte, so die Ankündigung der neuen Vorsitzenden, zentrale Bedeutung zukommen. Die beiden Vorsitzenden repräsentierten diese Linie auch biografisch: Riexinger hatte bei ver.di damit experimentiert, wie sich gewerkschaftliche Organizing-Ansätze und die »Demokratisierung von Streiks« aus dem Gewerkschaftsapparat heraus stärken lassen;² Kipping kam aus jenem an sozialen Bewegungen orientierten Teil der Partei, der antifaschistische Aktionen und Kampagnen mit organisiert hatte.³

Die neogramscianische Rhetorik der neuen Parteiführung – »verbindende Klassenpolitik«, »lernende Partei«, »Kampf um gesellschaftliche Hegemonie«, »Kräfteverhältnisse« waren Schlüsselbegriffe der Ära Riexinger/Kipping – schien die Erwartungen zu bestätigen. Pilotprojekte zur Stadtteilarbeit wurden finanziert, mit denen sich die Partei auch jenseits von Wahlkämpfen gesellschaftlich verankern wollte, und mit der »Pflegekampagne« wurde ein langfristiger Organisationsansatz bei einem besonders feminin und migrantisch geprägten Segment der Arbeiterklasse verfolgt.

Heute, zehn Jahre später, ist offenkundig, dass dieser Transformationsprozess, der die LINKE in eine an gesellschaftlichen Kämpfen orientierte Partei verwandeln sollte, blockiert ist. Politische Zerstrittenheit, eine Bundestagsfraktion, die systematisch gegen inhaltliche Beschlüsse der Partei arbeitet, ein sozialkonservativ-populistischer Flügel, der rechte Ressentiments in der Migrations- und Klimafrage bedient, und die Unfähigkeit der Partei, Spitzenpolitiker*innen zu einem Mindestmaß an Verbindlichkeit gegenüber der Organisation zu verpflichten, sind Ausdruck dieser tiefen Krise, die sich auch auf die Wahlergebnisse auswirkt, aber dort nicht ihren Ursprung hat.

Ausgehend von Michels (1911) und Zeuner (1970) möchte ich im Folgenden nun erörtern, inwiefern diese Krise mit der Organisationsform »Partei« erklärt werden kann. Meine These wäre, dass die Untersuchungen von Michels und Zeuner auch viele Jahrzehnte nach ihrem Entstehen etliche Anpassungsmechanismen parlamentarischer Parteipolitik treffend beschreiben, aber dennoch nicht zufriedenstellend begründen, warum die LINKE die angestrebte Transformation in eine an Kämpfen orientierte Mitgliederversammlung nicht erfolgreich zu Ende führen konnte.

2 Mit »Demokratisierung von Streiks« ist gemeint, dass Arbeitskämpfe nicht mehr von Gewerkschaftssekretär*innen, sondern durch die Beschäftigten selbst geplant und beendet werden. Im Mittelpunkt steht also nicht allein der Tarifabschluss, sondern die politische Selbstermächtigung von Beschäftigten.

3 Einen Einblick in die inhaltlichen Debatten der LINKEN vermitteln Riexinger (2020), Bussemer/Kipping (2021), Wagenknecht (2021) und Wolf (2021).

Robert Michels: »Ehernes Gesetz der Oligarchie«

Die Hauptthese in Robert Michels' 1911 veröffentlichter Untersuchung zur SPD ist das sogenannte »*eherne Gesetz der Oligarchie*«. ⁴ Michels konstatiert darin, dass große Massenorganisationen notwendigerweise nicht nur eine Bürokratie, sondern auch eine Machtelite ausbilden, die Ressourcen konzentriert und sich immer weiter von der Basis entfernt. Entscheidender Katalysator dieses Prozesses ist der Parlamentarismus, der politisch (Einbindung in den Staat), strukturell (Eigeninteressen der Abgeordneten am Erhalt ihres Mandats; überwiegend bürgerliche Herkunft der Abgeordneten) und psychologisch (Erhöhung des Parteiführers über die Basis; narzisstischer Reflex der Parlamentarier) für einen Entfremdungsprozess sorgt. Befeuert wird diese Oligarchisierung der Partei aber nicht nur von der politischen Führung, sondern bemerkenswerterweise auch von Sehnsüchten der Basis: »Die Massen besitzen einen tiefen Drang zu persönlicher Verehrung.« (Michels 1911: 67) ⁵ Die Abkoppelung der Führungseliten von der Basis wird also von oben und unten produziert.

Es liegt auf der Hand, dass einige der von Michels 1911 diskutierten Mechanismen auch Prozesse in der LINKEN zutreffend beschreiben. Die entscheidende Frage lautet allerdings, ob diese Entwicklung alternativlos ist. Michels diskutiert vier Ansätze, den Oligarchisierungsprozess zu stoppen oder zumindest zu bremsen, und spricht in diesem Zusammenhang von »Prophylaxen« (ebd.: 320-349): basisdemokratische Abstimmungen (»Referenden«), das macht- und selbstkritische Bewusstsein der politischen Führung (»Postulat der Entsagung«), die Fokussierung der Organisation auf Arbeitskämpfe (»Syndikalismus«) und die Abkehr von der Organisation (»Anarchismus«). Gegen alle vier Ansätze bringt Michels überzeugende Einwände vor: 1. Die direkte, innerparteiliche Demokratie sei für praktische Fragen der

4 Zur politischen Einordnung von Michels' (1876-1936) parteiensoziologischer Studie sind einige biografische Informationen unerlässlich: Bemerkenswert an der Untersuchung ist zunächst, dass sie zwar in einem wissenschaftlichen Kontext publiziert wurde, aber auf politischer Praxis beruhte. In den 1900er-Jahren kandidierte Michels für die SPD für den Reichstag und stand der feministischen Bewegung nahe (unter anderem publizierte er für die Zeitschriften Helene Stöckers). Da er wegen seiner linken Positionen in Deutschland nicht habilitieren konnte, siedelte er 1907 nach Italien über, wo er sich, wohl nicht zuletzt wegen seiner Parteienkritik, von der Sozialdemokratie abwandte. Einige Jahre lang vertrat Michels daraufhin syndikalistische Positionen. Mit dem Aufstieg des italienischen Faschismus vollzog er jedoch eine neuerliche Wendung und trat 1928 der faschistischen Partei bei. 5 Bei Michels ist diese Sehnsucht allerdings, anders als heute, quasireligiös motiviert. So heißt es in dem Zitat weiter: Die Massen »bedürfen in ihrem primitiven Idealismus weltlicher Götter, denen sie mit desto blinderer Liebe anhängen, je schärfer das rauhe Leben sie anpackt«. (Michels 1911: 67)

Politik zu langsam und könne zudem durch populäre Parteiführer leicht manipuliert werden.⁶ 2. Die Versuche der Parteiführung, sich der Verbürgerlichung durch eine revolutionäre Entsagung entgegenzuwirken, hätten stets etwas Sektenhaftes.⁷ 3. Die syndikalistische Fokussierung auf gewerkschaftliche Kämpfe verlagere das Problem der Machtoligarchie nur von der Partei in andere Bereiche der Arbeiterbewegung, denn auch Gewerkschaften oder auch nur Streiks brächten oligarchische Machtstrukturen hervor – der erfolgreiche Streikführer werde oft noch unkritischer verehrt als der Parlamentarier.⁸ 4. Der Anarchismus schließlich biete insofern keine Lösung für das Problem, als seine Antwort darin bestehe, weitgehend auf Organisation zu verzichten. Sobald sich die anarchistische Bewegung von ihrem individualistischen Ansatz entfernt, »die Gefilde des freien Gedankens verlässt und ihre Jünger sich zu Verbänden, die politische Tätigkeit zum Zweck haben, zusammenschließen, [unterliegt sie] demselben Gesetz des Autoritarismus wie die Sozialdemokratie.« (Ebd.: 347)

Schon diese Skizze veranschaulicht, dass Michels' »Soziologie des Parteiwesens« auch 110 Jahre nach der Veröffentlichung noch einiges zur Diskussion der Organisationsfrage beitragen kann. Allerdings verweist die biografische Wendung, die Michels in den 1920er-Jahren vollzog, sprich seine Annäherung an den Faschismus, auch auf ein Problem seiner Kritik. Eine Theorie, die soziale Prozesse der Machtkonzentration für unvermeidbar hält, hat langfristig nur zwei Optionen: Entweder sie tendiert zu einer Art Anti-Politik, verzichtet also auf die Organisation kollektiver (Gegen-)Macht, oder aber sie arrangiert sich mit der Machtkonzentration, die ja angeblich unvermeidbar ist. Insofern stellt sich die Frage, ob Michels' spätere Begeis-

6 Die neuen Ansätze der Parteiorganisation in Spanien haben das eindrucksvoll belegt. Podemos wurde 2014 ausdrücklich als Bewegungspartei gegründet, in der die Basis über direkte demokratische Abstimmungen alle zentralen Fragen »von unten« entscheiden sollte. Interessanterweise ist die Machtkonzentration bei den (in Massenmedien präsenten) Parteiführern von Podemos aber eher noch größer, als es in traditionellen Parteien der Fall ist. Die digitalen Abstimmungen haben die Führungsgruppe auf- und den mittleren Aktivenapparat, wie er den Alltag von Linksparteien normalerweise prägt, abgewertet. Auch die innerparteiliche Debatte ist durch die digitalen Abstimmungen eher geschwächt worden: Die schnelle digitale Entscheidung hat die langwierige Deliberation – sprich Debatten auf verschiedenen Parteiebenen – ersetzt (vgl. Zelik 2018: 132-140).

7 So schreibt Michels spöttisch: »Das war das Streben nach dem völligen Nirvana des bürgerlichen Vorlebens.« (Michels 1911: 329)

8 Ein Hinweis, der auch für Organisationsformen wie den Zapatismus gilt. Trotz der Betonung kollektiver Strukturen war die zapatistische Bewegung nicht minder auf ihren »Subcomandante« fokussiert als andere, leninistische Guerillaorganisationen auf ihre Anführer. Dass die Zapatistas dem Personenkult durch die Maske Grenzen setzten, war ein kluger Zug, hat in gewisser Hinsicht die mystische Aura aber noch verstärkt.

terung für Mussolini nicht bereits in seiner parteienkritischen Schrift angelegt war. Oder salopp ausgedrückt: Wenn schon »ehernes Gesetz der Oligarchie«, dann aber richtig.

Bodo Zeuners »Innerparteiliche Demokratie«

Das ist wohl auch der Grund, warum Bodo Zeuner (1942-2021) in seiner Schrift »Innerparteiliche Demokratie« von Michels' parteienkritischer Analyse ausgeht, sich aber dessen Schlussfolgerungen nicht zu eigen macht. Zeuner, der als Professor für Politikwissenschaften vor allem zu linksgewerkschaftlichen Bildungs- und Organisationsansätzen forschte, veröffentlichte seinen Text 1969 als Einführungsschrift in das deutsche Parteienwesen der 1960er-Jahre. Als Linkssozialist war Zeuner klar, dass der Horizont der liberalen Demokratie durch die bürgerliche Eigentumsordnung und die damit verknüpfte Klassenherrschaft begrenzt ist und daher auch andere Formen der Demokratie diskutiert werden müssen – nämlich rätedemokratische, die auch das Wirtschafts- und Arbeitsleben erfassen. Nichtsdestotrotz ging er aber – ganz im Sinne von Wolfgang Abendroth (1967) – davon aus, dass der bürgerliche Staat ein Ort der Auseinandersetzung ist, auf dem grundlegende soziale und demokratische Errungenschaften erkämpft werden können und müssen. Das ist der Grund, warum Zeuner das parlamentarische Parteiensystem nicht allgemein kritisiert, sondern die dort vorhandenen Spielräume zu identifizieren versucht. Zeuner zieht das deutsche Parteiengesetz heran und macht drei darin formulierte Aufgaben von Parteien aus:

»Den Willen des Volkes so aufzunehmen, weiterzuentwickeln und zu formen, dass das Volk die Grundentscheidungen der Politik bestimmen kann (Funktion des Transmissionsriemens). Das politische Führerpersonal heranzubilden und auszuwählen (Funktion der Führerauswahl). Die Ansprüche mehrerer Interessengruppen unter allgemeinpolitischen Gesichtspunkten zu berücksichtigen und zusammenzufassen (Funktion der Gruppenintegration).« (Zeuner 1970: 13)

Zeuner ist der Ansicht, dass diese Aufgaben – Partizipation der Bevölkerung, Rekrutierung staatlichen Führungspersonals, Organisation kollektiver Interessen – richtig beschrieben sind und einen »brauchbaren« Ausgangspunkt für die politische Praxis darstellen. Vor dem Hintergrund der neuen linken Bewegungen, wie sie sich Ende der 1960er-Jahre formiert hatten, interessiert ihn aber in erster Linie die Frage, ob und wie sich kapitalismuskritische Positionen, die nach dem SPD-Parteitag von Bad Godesberg parteipolitisch nicht mehr repräsentiert waren, innerhalb der Parteienlandschaft wieder durch-

setzen ließen – also ob es Instrumente zur Demokratisierung der Parteien gibt, die es erlauben, linke, an der Basis populäre Forderungen durchzusetzen. Zeuners Augenmerk galt dabei natürlich vor allem der SPD.

Interessant für die Diskussion um die Linkspartei heute ist, dass Zeuner zunächst einmal fünf Parteitypen unterschied: 1. Honoratiorenpartei (traditionelle bürgerliche Elitenpartei, die sich nicht um eine große Mitgliederzahl bemüht); 2. demokratische Massenpartei (die sich als Ort der Massenorganisation begreift); 3. kommunistische Kaderpartei (die ursprünglich auf klandestine Arbeit ausgerichtet war und hohe Anforderungen für Mitgliedschaft stellt); 4. faschistische Führerpartei (in der die Parteibasis nichts zu sagen hat); und 5. moderne Mehrzweckpartei.

Schon 1969 vertrat Zeuner die Ansicht, dass in bürgerlichen Demokratien eigentlich nur noch letztere eine Rolle spielen. Die sogenannten Mehrzweckparteien »haben das Ziel der Umgestaltung der Gesellschaftsordnung im Sinne einer bestimmten Klasse oder Ideologie aufgeben und dienen verschiedenen gesellschaftlichen Interessen [...]. Die programmatische Richtung ist nur noch sehr umrisshaft definiert.« (Zeuner 1970: 29) Zeuner spricht in diesem Zusammenhang auch von einer starken Tendenz zur »Patronagepartei«: Wenn programmatische Ziele in den Hintergrund rücken, wächst das Gewicht derjenigen, die sich in der Partei persönliche Vorteile versprechen, sprich Karrieren verfolgen, persönliches Renommee sammeln wollen, Zugang zu öffentlichen Aufträgen suchen usw.

Auch wenn die »Volksparteien«, die Zeuner als Verkörperung der Mehrzweckparteien vor Augen hatte, mittlerweile auch schon wieder Geschichte sind, hat sich das Prinzip der Mehrzweck- oder Patronage-Partei doch erhalten. Fast alle Parteien des parlamentarischen Spektrums sind um programmatische Unschärfe bemüht und streben danach, keine gesellschaftliche Gruppe zu verschrecken. Damit werden soziale Gegensätze systematisch verschleiert; die Profilierung von Einzelpersonen erscheint als eigentliches Herzstück »der Politik«.

Für Zeuner ist klar, dass emanzipatorische Politik nur mit *demokratischen Massenparteien* möglich ist.⁹ Die erste Auseinandersetzung muss also darum geführt werden, die Tendenz zur entpolitisierten »Mehrzweckpartei« zu stoppen. Dieser Hinweis scheint mir auch für die Auseinandersetzung mit der LINKEN von großer Bedeutung, denn normalerweise arbeiten sich linke Parteienkritik ebenso wie die Durchschnittsbevölkerung am Typus der Pa-

⁹ Wobei Zeuner anmerkt, dass die Abgrenzung der Parteitypen nie ganz eindeutig ist und sich kommunistische Parteien im Rahmen ihrer Entstalinisierung (beispielsweise in Italien) in Richtung demokratischer Massenparteien entwickelt hätten.

tronage- oder Mehrzweckpartei ab, also des entpolitisierten Wahlvereins, in dem Politiker*innen individuelle Karriere-Interessen verfolgen und dem deshalb pauschal »Korruptiertheit« vorgeworfen wird. Eine derartige Kritik, die nicht erkennt, dass es andere Parteitypen geben könnte, verstärkt letztlich den allgemeinen Trend zur Entpolitisierung.¹⁰

Zeuner war sich 1969 allerdings bewusst, dass diejenigen, die der Entpolitisierung der Parteien entgegenwirken wollen, mit noch mehr Schwierigkeiten konfrontiert sind, als es Michels 1911 beschrieben hatte. Hinsichtlich der veränderten Rahmenbedingungen nennt Zeuner unter anderem: Parteien seien zunehmend wahlorientiert, das heißt, sie würden sich an Stimmungen anpassen, anstatt den inhaltlichen Kampf um gegenhegemoniale Positionen aufzunehmen. Sie hätten immer stärker die Funktion, die Regierung vor Kritik – nicht zuletzt aus den eigenen Reihen – abzuschirmen. Komplexere Probleme führten zu einer wachsenden Spezialisierung und damit zu einer Abkoppelung der Berufspolitik von der Parteibasis. Außerdem sorgten Massenmedien für eine »Minderung der Kritikfähigkeit«, wobei das Fernsehen die Distanz zwischen Führer und Anhängerschaft noch zusätzlich vergrößere. Und schließlich würden innerparteiliche Debatten und Konflikte, die für eine demokratische Massenpartei essenziell sind, in der Öffentlichkeit als Zeichen der Schwäche interpretiert und daher vermieden (ebd.: 104-107).

Doch obwohl Zeuner zu der Einschätzung gelangt, dass sich die Ausgangslage gegenüber 1911 verschlechtert habe, sieht er doch Spielräume zur Re-Demokratisierung von Parteien. Resümierend könnte man sagen, dass der Kampf um Gegenhegemonie aus Sicht Zeuners auf verschiedenen Feldern ausgetragen werden muss, das heißt *auch* auf dem parteipolitischen. Es gilt, die »Urteilsfähigkeit der »Massen«« zu erhöhen und »das Herrschaftsstreben der Führer [zu] begrenzen« (ebd.: 108). Zeuner fordert ein, die Oligarchisierungsprozesse in Parteien und Organisationen zu erkennen, um ihnen gezielt entgegenzuwirken.

Probleme der LINKEN heute

Inwiefern treffen die Überlegungen von Michels und Zeuner nun auf die LINKE heute zu? Zunächst einmal scheint mir auf der Hand zu liegen, dass die beschriebenen Anpassungs- und Entpolitisierungsmechanismen im Großen

10 Bisweilen führt das sogar dazu, dass radikale Linke eine Art Arbeitsteilung zwischen sozialen Bewegungen und entpolitisierten Mehrzweckparteien propagieren. Die Aufgabe der Partei beschränkt sich ihnen zufolge darauf, bei Wahlen erfolgreich abzuschneiden – auch auf Kosten von Inhalten oder innerparteilicher Demokratie.

und Ganzen heute ähnlich wirken wie in den genannten Texten skizziert. Doch was steckt konkret hinter der Krise der Linkspartei und welche Mechanismen lassen sich ausmachen? Ich würde in erster Linie folgende Punkte nennen:

Verselbständigung der Bundestagsfraktion: Die wichtigste Ursache für die tiefe Krise der LINKEN ist zweifelsohne der Umstand, dass die Partei in den letzten Jahren in allen zentralen Fragen mehrere, sich widersprechende Positionen vertreten hat. Dabei war das Problem allerdings nicht, dass sich die Partei nicht demokratisch auf eine Position hätte einigen können. Die innerparteiliche Verständigung funktionierte – anders als bei Michels oder Zeuner dargestellt – recht gut. Über zentrale Streitfragen in der Migrations-, Klima- und Klassenpolitik (und mit Einschränkungen auch bei der Einschätzung des russischen Angriffskriegs in der Ukraine) wurde in der Mitgliedschaft breit debattiert und am Ende mit klaren Mehrheiten entschieden: *für* die Solidarität mit Geflüchteten, *für* die Verbindung von Klassenpolitik mit Antirassismus und Feminismus, *für* einen ökologisch-sozialen Systemwechsel und *für* einen Internationalismus, der sich gleichermaßen gegen Putins Russland als auch gegen die NATO richtet.

Eskaliert sind die innerparteilichen Konflikte nicht deshalb, weil die demokratische Meinungsfindung unmöglich gewesen oder verhindert worden wäre, sondern weil zentrale Vertreter*innen der Bundestagsfraktion den Beschlüssen der Partei systematisch und öffentlichkeitswirksam widersprachen, um sich auf diese Weise individuell zu profilieren. In den vergangenen Jahren ist diese Praxis immer stärker geworden. Als sich die Partei auf das Konzept der »verbindenden Klassenpolitik« festgelegt hatte, begannen führende Repräsentanten der Fraktion ein sozialkonservatives Image zu betonen und griffen völlig ohne Not den rechten Diskurs von der vermeintlichen Identitätspolitik der LINKEN auf. Als die LINKE beschloss, die ökologische Frage als Klassen- und Kapitalismusfrage in den Mittelpunkt zu stellen, benannte die Fraktionsspitze den Abgeordneten Klaus Ernst, der die Krise des fossilen Kapitalismus letztlich leugnet, zum klimapolitischen Sprecher. Diese Vorgehensweise kulminierte im September 2022: Unmittelbar nachdem sich die LINKE auf einem Parteitag eindeutig gegen den putinschen Angriff auf die Ukraine positioniert hatte, ließ die Fraktionsspitze die Abgeordnete Sahra Wagenknecht die Position der LINKEN zum Krieg erläutern. Die Parlamentarierin forderte in ihrer Rede die Normalisierung der Beziehungen zu Russland und gab die Partei (und ihren kollektiven Entscheidungsprozess) damit der Lächerlichkeit preis.

Hinter dieser Haltung der Fraktionsspitze verbirgt sich interessanterweise keine definierte inhaltliche Position, sondern ein rein machttaktisches Bündnis zwischen einem ultra-regierungsorientierten Lager (um den

Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch) und einer sozialkonservativ-oppositionellen Gruppe (um die Politikerin Sahra Wagenknecht). Kritiker*innen bezeichnen diese Allianz auch als »Beutegemeinschaft«, denn offenbar beruht sie auf einem ökonomisch-klientelistischen Kalkül: Man sichert sich gegenseitig Mehrheiten in der Fraktion und teilt sich finanzielle und mediale Ressourcen.¹¹

Dieser Verselbständigungsprozess der Fraktion wird nicht allein durch »den« Parlamentarismus, sondern vor allem auch durch die spezifische deutsche Ausgestaltung desselben forciert. In einigen europäischen Ländern sind Parteien durchaus in der Lage, über das Abstimmungsverhalten ihrer Fraktionen zu entscheiden. In Deutschland jedoch sind die parlamentarischen Repräsentant*innen ökonomisch und medial extrem gegenüber den Parteien aufgewertet. Das heißt, Finanzmittel und mediale Ressourcen konzentrieren sich bei der Fraktion und nicht bei der Parteispitze. Beim Personal wird das besonders deutlich: Während Fraktion und Abgeordnete über mehrere hundert Mitarbeiter*innen verfügen, sind es bei der Partei nur einige Dutzend.

Die häufig gestellte Frage, warum der Vorstand der LINKEN also nicht längst ein Machtwort gegen den destruktiven Kurs der Fraktion gesprochen hat, beantwortet sich deshalb eigentlich von selbst. Die Parteiführung verfügt ganz einfach nicht über die Machtmittel dazu. Die Fraktionsspitze wird von den Abgeordneten gewählt, ein Parteiausschluss von Abgeordneten ist angesichts des deutschen Parteiengesetz und der Statuten der LINKEN praktisch unmöglich. (Zu der Frage, wie die Zusammensetzung der Fraktion zustande kommt, gleich mehr).

Abgeordnete als »ICH-AGs«: Damit eng verknüpft ist das Problem, dass Bundestagsabgeordnete quasi als selbständige Kleinunternehmen agieren. Ein Mitglied des Bundestags kann, wenn einige Stellen in Teilzeit besetzt werden, problemlos zehn Angestellte (meist Parteiaktive aus dem mittleren Apparat) als wissenschaftliche oder Wahlkreismitarbeiter*innen in ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen an sich binden. Diese Struktur prägt in doppelter Hinsicht: Sie befördert sowohl die politische Fragmentierung der Partei als auch die Herausbildung informeller Machtnetzwerke. Für die ökonomisch-politische Einheit »Abgeordnetenbüro« stellt es ein wichtiges Ziel dar, sich selbst zu erhalten. Dafür muss sie mediale Aufmerksamkeit generieren, damit die oder der Abgeordnete erneut auf einen guten Listenplatz gewählt wird. Besonders viel Aufmerksamkeit ziehen Abgeordnete (und vor allem linke)

11 Dabei spielt auch eine Rolle, dass die zentralen Akteur*innen dieses Bündnisses für ihre Positionen in der Partei keine Mehrheit mehr hatten und deshalb die Fraktion regelrecht als »Gegenpartei« aufzubauen begannen.

dann auf sich, wenn sie Differenzen in der eigenen Partei sichtbar werden lassen. Statements gegen die Linkspartei oder Angriffe auf das eigene Milieu können also Türöffner in die bürgerliche Medienlandschaft sein.

Diesen Mechanismus haben sich verschiedene Politiker*innen der LINKEN zu eigen gemacht, doch perfektioniert hat ihn Sahra Wagenknecht, die ihren medialen Aufstieg schon in der PDS dem Umstand verdankte, dass sie der Parteiführung systematisch widersprach. Schien sie damals noch das politische Ziel zu verfolgen, die sozialdemokratische Anpassung der PDS zu bremsen, hat man heute eher den Eindruck, dass es sich um ein publizistisches Geschäftsmodell handelte. In der Springer-Presse, bei rechtspopulistischen Medien wie der NZZ, aber auch in den sozialen Medien blieb die Publizistin Wagenknecht im Gespräch, wenn sie mit »linken Tabus« brach. Das dahinterstehende Problem geht allerdings über Wagenknecht weit hinaus: Die Selbstvermarktung von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern geht oft auf Kosten des demokratischen Kollektivs. Bei Robert Michels (1911: 189) ist davon die Rede, der Abgeordnete stelle sich »über die Partei« und stimme im Zweifelsfall im Sinne der Staatsmacht. Bei der LINKEN war das Problem in den letzten Jahren eher, dass Abgeordnete ganz eigenen, medialen Logiken folgten.

Zusammenstellung von Landeslisten: Daran schließt sich die Frage an, warum die Partei immer wieder Kandidat*innen aufstellt, die sich über gemeinsam gefasste Beschlüsse gezielt hinwegsetzen. Gerade eine pauschale Parteienkritik verstellt hier den Blick darauf, wie es dazu kommt. Die Zusammensetzung der Fraktion hat nämlich weniger mit allgemeinen Mechanismen »der Parteienpolitik« als mit konkreten Mehrheiten auf Landesdelegiertenversammlungen zu tun, die in jedem Bundesland die Listen selbständig festlegen. Und an genau dieser Stelle kommt die Struktur der Abgeordnetenbüros erneut zur Geltung. Da die (über ihren Job ökonomisch gebundenen) Mitarbeiter*innen der Abgeordneten einen nicht unwesentlichen Teil des mittleren Parteiapparats ausmachen, können Abgeordnete über Mitarbeiter*innen Druck erzeugen und auf entsprechende Listenaufstellungen hinarbeiten. Jede einzelne Landespartei bildet also regionale Machtzentren heraus, die der Linie der Bundespartei entgegenwirken können.

Solche regionalen Machtnetzwerke müssen nicht unbedingt erfolgreich sein. Eine kritische Parteibasis kann intern ausgehandelte Absprachen verhindern. Dafür allerdings sind erhebliche Kraftanstrengungen notwendig: In Nordrhein-Westfalen fehlten beispielsweise 2021 etwa zehn Delegiertenstimmen, um Sahra Wagenknechts Spitzenkandidatur zu verhindern. Wenn die Parteibasis einen entsprechenden Willen besitzt, lässt dieser sich also auch gegen Widerstände etablierter Abgeordneter durchsetzen.

Zweifelsohne ist die Zusammensetzung von Wahllisten immer ein unwürdiges Spektakel, bei dem fast alle Beteiligten taktische Bündnisse schließen. Im Unterschied zu den ehrenamtlichen Posten in der Partei geht es bei Listenplätzen um viel Geld und mediale Aufmerksamkeit, weshalb hier heftiger um Kandidaturen gekämpft wird. Doch dass Fraktions- und Parteilinie so weit auseinanderfallen wie bei der LINKEN hat mit den beschriebenen Mechanismen zu tun: der Fähigkeit von Abgeordnetenapparaten, Macht im Landesverband zu mobilisieren; dem medialen Kalkül von Einzelpersonen, sich gegen die eigene Organisation zu profilieren; und (darauf komme ich gleich zurück) einer oft mangelnden Bereitschaft der Parteibasis, sich gegen prominente Spitzenpolitiker*innen zu positionieren.

»Reibungslos Regieren«: Die Verselbständigung der Fraktion hat in den letzten Jahren allerdings ein zweites Problem in den Hintergrund rücken lassen, das strukturell noch schwieriger zu bearbeiten ist und eher mit der von Michels beschriebenen Unterwerfung unter die Staatsräson zu tun hat: das Problem der Regierungsbeteiligungen. Alle praktischen Erfahrungen zeigen, dass der transformatorische Anspruch der LINKEN trotz gegenteiliger Lippenbekenntnisse in Landesregierungen aufgegeben wird. Das hat einerseits mit den unvermeidlichen Anpassungsprozessen von Politiker*innen an ihre Funktionen, andererseits auch mit einem strukturellen Widerspruch zu tun. Regierungsmitglieder einer sozialistischen Partei haben eine komplett andere Ausgangsposition als Minister*innen anderer Formationen. Nimmt die LINKE ihr Programm ernst, dann darf es ihr *nicht* darum gehen, Führungspersonal für den Staat bereitzustellen, sondern sie muss gesellschaftliche Machtverhältnisse aufbrechen. Während alle anderen Parteien die existierenden Machtverhältnisse (die in der liberalen Gesellschaft im Eigentum an Produktionsmitteln und in der Vermögenskonzentration begründet sind) aufrechterhalten will, geht es Linken darum, diese Verhältnisse aufzubrechen.

Aus diesem Grund *muss* linke Politik Spannungen in Staat und Gesellschaft produzieren, und das wiederum wirkt sich negativ auf die politische Performance aus, denn wie Zeuner (1970: 106) richtig anmerkte: Politische Konflikte sind bei der Wählerschaft eher unpopulär. Die meisten Menschen schätzen es zwar, wenn soziale und demokratische Rechte durchgesetzt sind, aber das drückt sich, wie jede Gewerkschafterin weiß, nicht unbedingt in der Unterstützung für diejenigen aus, die den Konflikt organisiert haben.

Mit diesem Problem sind LINKE in Regierungsfunktionen in besonderem Ausmaß konfrontiert. Man erwartet von ihnen, gut – sprich: reibungslos – zu regieren. Doch um ihrem gesellschaftsverändernden Anspruch gerecht

zu werden, dürfen sie genau das nicht tun.¹² Selbst in Berlin, wo es dank der Mieter*innen-Bewegung eine Kraft gibt, die den sozialen Konflikt artikuliert, ist dieser Zusammenhang zu beobachten gewesen. Als 2017 der Mietendeckel auf den Weg gebracht wurde, gab es massive Widerstände in der Koalition und der LINKEN selbst. Einzelnen Politiker*innen, wie der Mda Katalin Gennburg, war es zu verdanken, dass dieser Konflikt in die Regierungskonstellation hineingetragen wurde. Die Spitzengruppe der Berliner LINKEN um den Kultursenator Klaus Lederer wollte zwar einen Mietendeckel, aber keinen Krach in der Regierung. Erst durch die Mobilisierung auf der Straße und das Verhalten einzelner Abgeordneter wuchs die Bereitschaft zu einer etwas konfliktiveren Haltung.

Solche Auseinandersetzungen sind für die Beteiligten extrem zermürbend. Der Mietendeckel wurde am Ende nicht nur vom konservativen zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts kassiert, sondern diejenigen, die ihn maßgeblich erkämpft hatten, wurden persönlich dafür abgestraft: Die Abgeordnete Gennburg beispielsweise, die zwar immer eine Befürworterin linker Regierungsbeteiligungen gewesen war, aber auf eine schärfere Gangart gegenüber der SPD drängte, wurde von der Führungsgruppe der Berliner Regierungs-LINKEN nun als politisch unzuverlässig betrachtet und isoliert.

Regierungsbeteiligungen haben also eine enorme Kraft, das zu unterbinden, was linke Politik in den Institutionen auszeichnen müsste: Konfliktbereitschaft und -fähigkeit. Das Verhalten der Senator*innen ist aus ihrer Perspektive völlig vernünftig. Sie werden an Wahlergebnissen gemessen, und hier wird das »reibungslose Regieren« honoriert. Der in Berlin zu beobachtende Umstand, dass sich Regierungsmitglieder der LINKEN der Auseinandersetzung mit der eigenen Partei und dem kritischen persönlichen Umfeld entziehen, hat also nicht nur mit der Arbeitsüberlastung der Regierungsjobs, sondern auch mit diesem Widerspruch zu tun. Das aber bedeutet: Es gibt kein kritisches Korrektiv für linke Regierungsbeteiligungen. Abgesehen vom Mitgliederentscheid über den Koalitionsvertrag existiert kein Mechanismus, mit dem die Parteibasis Einfluss auf Entscheidungen ihrer Regierungsvertreter*innen nehmen könnte. Das »rebellische Regieren«, das genau das Hineintragen von Widerständigkeit in die Institutionen verspricht,

12 Ich setze hier und im ganzen Text die zentrale Erkenntnis materialistischer Staatstheorie voraus: Die Hauptaufgabe des bürgerlichen Staates besteht darin, existierende Eigentumsverhältnisse abzusichern, was sowohl durch Zwangsmittel als auch durch die Einbindung subalternen Klassen (sprich: politische Legitimation) geschieht. Im liberalen Staat können also durchaus soziale und demokratische Erfolge erzielt werden, doch sie müssen der Gegenseite in erbitterten Auseinandersetzungen abgerungen werden. Jede wesentliche progressive Reform erzeugt daher enormen Widerstand.

wäre die richtige Maxime. Doch in der Realität gibt es dafür nicht nur keine Strukturen, sondern es wird auch alles abgeschaltet, was in diese Richtung wirkt. Im Ernstfall isoliert man sogar Mitglieder der eigenen Fraktion, deren Kritik als belastend empfunden wird.¹³

Medial vermittelte Politik: Die Verselbständigung von Fraktion und Regierungsmitgliedern wird aber nicht nur »von oben«, sondern auch »von unten« produziert. Da ist zum einen das bereits angedeutete Phänomen, dass die Mitgliedschaft inhaltliche Positionen mit großer Mehrheit unterstützt, dann aber Politiker*innen auf vordere Listenplätze wählt, die diesen Positionen diametral widersprechen. Viele Parteimitglieder sind bereit, diese Verselbständigung ihrer Repräsentant*innen hinzunehmen, solange letztere prominent sind und Wahlkampfveranstaltungen füllen. Man könnte also behaupten, dass ein Teil der Parteimitglieder ein Politikverständnis pflegt, wie es eher der bürgerlichen Mehrzweck- oder Honoratioren- als der demokratischen Massenpartei entspricht: Richtig ist, was gut ankommt. Also nicht das, was man selbst diskutiert und demokratisch entschieden hat, wird als politische Linie der Partei betrachtet, sondern das, was die »eigenen« Prominenten in Medien vertreten. Diese Haltung ist vor allem auch deswegen paradox, weil viele Mitglieder sich mit großer Energie an der kräftezehrenden inhaltlichen Positionsbestimmung beteiligen (auf Parteitagungen wird oft bis zur physischen Erschöpfung und zwei Uhr morgens um Adjektive und Halbsätze gerungen). Trotzdem unterwirft man sich im Anschluss dem Narrativ der liberalen Demokratie, wonach Politik in erster Linie dort stattfindet, wo »Volksvertreter*innen« sprechen und Politiker*innen »Macht ausüben«. Aufgabe einer sozialistischen Politik müsste sein, dieser Vorstellung zu widersprechen: Nicht die Position der Repräsentant*innen, sondern der kollektive demokratische Prozess ist das Maß der Dinge.

Mangelnde Selbstermächtigung der Parteibasis: Dafür bräuchte es aber auch eine ganz andere Parteikultur in der LINKEN. Vor allem in Teilen der Ostmitgliedschaft ist die Diskrepanz – so mein subjektiver Eindruck – zwischen rhetorischer Radikalität und Obrigkeitshörigkeit oft groß, wobei beide Haltungen unvermittelt ineinander übergehen können. So wird in Ostberliner Bezirksverbänden beispielsweise einerseits oft ein radikaler Antikapitalismus propagiert, andererseits bedeutet das aber nicht unbedingt, dass sich die Parteimitglieder dort auch besonders aktiv an sozialen Kämpfen beteiligen.

13 Fairerweise muss man erwähnen, dass die Berliner LINKE immerhin regelmäßige Mitgliederversammlungen organisiert, um zumindest in der Partei über die Regierungsarbeit zu debattieren. Das ist der richtige Ansatz – doch für die Regierungsmitglieder der LINKEN spielen diese Debatten keine größere Rolle.

Selbstverständlich gibt es wichtige Ausnahmen: die »Pflege-Kampagne«, die Aktivierung von Bezirksverbänden für das Volksbegehren »Deutsche Wohnen und Co Enteignen« (siehe dazu den Beitrag von Niklas Stoll in diesem Heft) oder aktuell die Mobilisierung »Genug ist genug« (gegen Energiearmut und höhere Rüstungsausgaben). Doch strukturbestimmend ist eher das Gegenteil, wie die Auseinandersetzung um die Berliner Regierungsbeteiligung regelmäßig zeigt. Bei Ostberliner Ortsgruppen der LINKEN bekommt man oft die Klage zu hören, die eigene Partei sei zu angepasst. Mit diesem Argument werden auch viele Austritte aus der LINKEN erklärt (zuletzt etwa derjenige der ehemaligen DDR-Wirtschaftsministerin Christa Luft).¹⁴

Doch bei den Mitgliederentscheiden über die Annahme des Koalitionsvertrags ist von dieser Unzufriedenheit wenig zu spüren. Gegen die Regierungsbeteiligung der Berliner LINKEN werben stets die gleichen Bezirke, etwa das von außerparlamentarischen Linken dominierte Neukölln. Dass 75 Prozent der Berliner LINKEN-Mitglieder 2021 für die Regierungsbeteiligung gestimmt haben, obwohl der Koalitionsvertrag sämtliche Weichen dafür stellt, das Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co Enteignen« *nicht* umzusetzen, ist Ausdruck dieser Schizophrenie. Man wünscht sich eine radikalere Politik, aber nicht unbedingt die Widerständigkeit, die das impliziert. Noch viel ausgeprägter ist diese Diskrepanz übrigens bei der Wählerschaft der LINKEN: Hier wünschen sich mehr als 90 Prozent die Regierungsbeteiligung – darunter auch viele Aktive aus sozialen Bewegungen. So gab es im Vorfeld des Mitgliederentscheids Ende 2021 hinter den Kulissen Druck von linksradikalen Mieter*innen-Initiativen, die LINKE solle doch bitte auch unter den gegebenen schlechten Voraussetzungen *für* eine Regierungsbeteiligung stimmen. Die Vorstellung, soziale Bewegungen stünden links von der Partei, ist in dieser Schlichtheit falsch.

Die Haltung der außerparlamentarischen Linken: Damit wären wir auch bei der Mitverantwortung der »gesellschaftlichen Linken« für die Krise der LINKEN. Eigentlich sollte auf der Hand liegen, dass es auch für eine institutionenkritische Linke, die dem Parlamentarismus skeptisch gegenübersteht, hilfreich wäre, wenn eine linke Partei im medialen Resonanzraum mit kapitalismuskritischen Positionen wahrgenommen wird. In anderer Hinsicht ist die außerparlamentarische Linke ja auch durchaus differenziert und pragmatisch: Viele Aktive wissen, dass man sich politische Kampagnen oder sogar das eigene Einkommen durchaus von der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanzieren lassen kann, ohne sich deswegen die Logik der bürokratischen Institution zu eigen machen zu müssen. Doch dieser pragmatische Umgang wird

¹⁴ Vgl. die Austrittserklärung von Christa Luft, <https://frieden-links.de/> (23.12.2021).

aufgegeben, sobald es um die Partei geht. Dann herrschen in den Debatten zwei recht undifferenzierte Argumentationsfiguren vor: entweder die liberale Vorstellung, wonach Parteien Wahlvereine sind, die parlamentarisch repräsentieren und nur ein instrumentelles Verhältnis zu gesellschaftlichen Kämpfen haben *können*, oder aber der Verbalradikalismus, Parteien und »Politik« als homogene Akteure staatlicher Herrschaft zu attackieren (und eben nicht als umkämpftes Terrain zu begreifen).

Persönlich war es für mich eine überraschende Erkenntnis, dass die inhaltlichen Positionen vieler LINKEN-Mitglieder keineswegs »reformistischer« sind als diejenigen außerparlamentarischer Linker. Das Meinungsspektrum der außerparlamentarischen Linken war in zentralen Debatten der letzten Jahre oft ähnlich aufgefächert wie in der Partei.¹⁵ Das bedeutet aber auch: Parteien sind nicht einfach nur Einrichtungen zur Einbindung kritischer Positionen in »den« Staat, wie es in der anarchistischen oder rätekommunistischen Kritik oft anklingt, sondern eben auch Organisierungsorte, die umkämpft sind und in denen eine institutionenkritische »gesellschaftliche Linke« durchaus einen Unterschied machen könnte. Hier wäre meiner Ansicht nach eine differenziertere Position sinnvoll: Ich bin fest davon überzeugt, dass Wahlparteien und Regierungsbeteiligungen keine größeren Veränderungen der Herrschaftsverhältnisse bewerkstelligen können, sondern dass emanzipatorische Transformation immer von sozialen Kämpfen und Massenorganisation durchgesetzt wird, die »von oben« als revolutionäre Gefahr betrachtet werden. Gleichzeitig bin ich aber auch der Ansicht, dass Parteien ein entscheidender Vermittler der gesellschaftlichen Debatte und deshalb unverzichtbar sind, um herrschaftskritische Positionen sichtbar zu machen, Menschen zu organisieren und Kräfteverhältnisse zu verschieben.

Mir scheint deshalb ein pragmatisches Verhältnis zur LINKEN notwendig: Man weiß, dass eine Wahlpartei nicht das einzige oder nicht das wichtigste Instrument ist, um den sozialen und ökologischen Amoklauf des Kapitals zu stoppen. Aber man erkennt doch an, dass gesellschaftliche Bewegungen und Kämpfe davon profitieren, wenn sie parteipolitisch verstärkt und unterstützt werden. Anders ausgedrückt: Gesellschaftliche Kämpfe, politische Bewusstseinsarbeit (das Ringen um Hegemonie) und Organisation in Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien müssen (konfliktiv) verschränkt werden. Für eine gesellschaftliche Linke würde das bedeuten, dass sie sich nicht in der Partei verbraucht, aber doch immerhin zuständig fühlt, mit darüber

15 Insofern ist nicht verwunderlich, dass sich gar nicht so wenige Aktivist*innen der außerparlamentarischen Linken nach ihrem Eintritt in die Partei dort in dem extrem wahl- und regierungsorientierten Flügel wiederfanden.

zu entscheiden, wer für die LINKE Abgeordneter wird. Sich in einer Partei so weit zu engagieren, dass man darauf Einfluss nimmt, wer für die gesellschaftliche Linke im medialen Resonanzraum »Parlament« spricht und wer nicht, könnte ein überschaubarer Kraftaufwand bleiben. Insofern halte ich die Krise der LINKEN auch für ein Scheitern der gesellschaftlichen Linken, die diesen Zusammenhang nicht erkannt hat, sondern sich auf die Position einer pauschalen, inhaltlich stets »richtigen«, in der Praxis aber irrelevanten Parteienkritik zurückgezogen hat.

Fazit

Anders als Robert Michels würde ich abschließend also behaupten, dass es zwar einen Mechanismus »der Oligarchisierung« gibt, aber eben – wie Zeuner bereits 1969 anmerkte – kein »ehernes Gesetz«. Bei entsprechendem politischen Bewusstsein der Akteur*innen wäre es durchaus möglich, den Prozessen von Entpolitisierung und Machtkonzentration entgegenzuwirken und die LINKE in einen Ort zu verwandeln, von dem aus soziale Kämpfe geführt, unterstützt oder miteinander ins Gespräch gebracht werden. Eine Partei der Aktiven, die systematisch Arbeitskämpfe unterstützt, Rüstungskonzerne blockiert oder sich an Klimaprotesten beteiligt, wäre möglich – und hat ansatzweise auch schon existiert.

Auch die Anpassung an Regierungslogiken ist nicht alternativlos. Die Berliner LINKE beispielsweise hätte die Regierungsbeteiligung ohne weiteres an das Mandat knüpfen können, dass der Rekommunalisierungsbeschluss des Volksbegehrens »Deutsche Wohnen & Co Enteignen« umgesetzt werden muss. Doch die Mehrheit der Parteimitglieder hat genau diese harte Verknüpfung *nicht* gewollt: Mehr als 70 Prozent der LINKEN-Mitglieder haben *für* eine – weitgehend bedingungslose – Regierungsbeteiligung votiert (laut Umfragen war die Zustimmung unter LINKEN-Wähler*innen sogar noch höher).

Für eine Partei, die ihrer Funktion als widerständige Kraft gerecht wird, bräuchte es eine grundlegend andere politische Kultur sowie Strukturen, die den »Oligarchisierungs«-Prozessen systematisch entgegenwirken. Eine der dringendsten Maßnahmen wäre eine Mandatsbeschränkung auf acht Jahre, die die persönlichen Interessen von Abgeordneten beschneidet. Sinnvoll wäre auch, Abgeordnetenbüros in demokratisch geführte Kollektive zu überführen, was Machthierarchien abbauen würde. Der Verselbständigung von Fraktion und Regierungsmitgliedern könnte durch ein Entscheidungsgremium entgegengewirkt werden, das Mandatsträger*innen verpflichtend an die Partei bindet. Und nicht zuletzt bräuchte es eine Mitgliedschaft, deren Herrschaftskritik innerhalb der eigenen Reihen und beim eigenen Verhalten ansetzt.

Der Kraftaufwand hierfür wäre zugegebenermaßen groß, ein hohes Maß an Kollektivität und Bewusstsein wären erforderlich. Unter den Bedingungen des parteipolitischen Betriebs, aber auch der Social-Media-sozialisierten Mitgliedschaft scheint das heute schwer vorstellbar. Insofern ist eine erfolgreiche linke Partei extrem voraussetzungsreich. Doch andererseits gilt das für soziale Bewegungen nicht weniger. Jeder politische Ansatz ist, sofern er relevanter und größer wird, mit Problemen konfrontiert, die denen der LINKEN ähneln. Die Probleme der »Oligarchisierung« von Organisationen in der Praxis zu lösen, ist deshalb alternativlos. Gesellschaftliche Emanzipation muss immer auch in den eigenen Organisations-, Arbeits- und Lebenszusammenhängen vorangetrieben werden, und jede linke Partei und Bewegung muss sich daran messen. Gleichzeitig muss allerdings auch klar sein, dass Emanzipationsansprüche nicht moralisch überfrachtet werden dürfen, wenn verhindert werden soll, dass sich die politische Energie ausschließlich nach innen richtet. Auf diesem Feld bewegt sich jede praktische Politik. Das drohende Scheitern der Partei DIE LINKE ist insofern auch eines der gesellschaftlichen Linken.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang (1967): Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie. Neuwied-Berlin.
- Agnoli, Johannes / Brückner, Peter (1967): Die Transformation der Demokratie. Berlin.
- Bussemer, Johanna / Kipping, Katja (2021): Green New Deal als Zukunftspakt. Hamburg.
- Greven, Michael (1987): Parteimitglieder. Ein empirischer Essay über das politische Alltagsbewusstsein in Parteien. Opladen.
- Michels, Robert (1911): Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Leipzig.
- Pannekoek, Anton (1972 [1909]): Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung. Frankfurt/M.
- (1974 [1920]): Weltrevolution und kommunistische Taktik. In: Bock, Hans-Manfred (Hg.): Pannekoek, A[nton] / Gorter, H[ermann]: Organisation und Taktik der proletarischen Revolution. Frankfurt/M.
- Riexinger, Bernd (2020): System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal – Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können. Hamburg.
- Wagenknecht, Sahra (2021): Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm - für Gemeinsinn und Zusammenhalt. Frankfurt/M.
- Wolf, Harald (2021): (Nicht)Regieren ist auch keine Lösung. Chancen, Risiken und Nebenwirkungen, wenn Linke sich beteiligen. Hamburg.
- Zelik, Raul (2018): Spanien – Eine politische Geschichte der Gegenwart. Berlin.
- Zeuner, Bodo (1970): Innerparteiliche Demokratie. Berlin.

Eleonora Roldán Mendivil/
Bafta Sarbo (Hrsg.)

Die Diversität der Ausbeutung

Zur Kritik des herrschenden
Antirassismus

Dietz Berlin



**Bereits in
2. Auflage**

Eleonora Roldán Mendivil/
Bafta Sarbo (Hrsg.)
**Die Diversität
der Ausbeutung**
Zur Kritik des herrschenden
Antirassismus

196 Seiten, Broschur, 16,00 €
ISBN 978-3-320-02397-3

**»Der Sammelband trägt zur
Erkämpfung des ›Bürger*innen-
rechts‹ des Marxismus in der
Wissenschaft bei und gibt
Genoss*innen das theoretische
Werkzeug für einen radikalen Kampf
gegen Rassismus – antirassistische
Kämpfe sind Klassenkämpfe oder
gar keine Kämpfe.«**

Erkut Bükülmez in analyse & kritik



Dietz Berlin dietzberlin.de

9. Auflage



Michael Heinrich
Die Wissenschaft vom Wert
Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition
2022 – 422 Seiten – 35,00 €
ISBN 978-3-89691-454-5



Helmut Dahmer
Trotzki, die Psychoanalyse und die kannibalischen Regime
2022 – 277 Seiten – 30,00 €
ISBN 978-3-89691-076-9



Wolfdietrich Schmied-Kowarzik
Solidarische Praxis in Allianz mit der Natur
Marx' dialektische Praxisphilosophie für das 21. Jahrhundert
2022 – 205 Seiten – 25,00 €
ISBN 978-3-89691-081-3

